Rechtsprechungsübersicht: Aktuelle Entwicklungen am Internationalen Strafgerichtshof*

Von Eleni Chaitidou, Den Haag**

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist seit dem letzten Jahr sichtbar in eine neue Phase getreten. Der Schwerpunkt der Tätigkeit hat sich nun in den Gerichtssaal verlagert. Eine Bilanz in Zahlen mag diese Entwicklung veranschaulichen: Bei Gericht sind derzeit sieben Situationen¹ anhängig, aus denen 13 Fälle gegen 25 Angeschuldigte² hervorgegangen sind. Die Vorverfahrenskammern haben insgesamt 18 Haftbefehle³ und 9 Ladungen erlassen sowie acht Vorverfahren durchgeführt. Vier Fälle befinden sich im Hauptverfahren; zwei davon in der Schlussphase.⁴ Die Zunahme der gerichtlichen Aktivität im letzten Jahr bedeutet auch eine erhöhte Anzahl von Entscheidungen, die einen weiteren Beitrag zur Auslegung des Römischen Statuts⁵ geleistet haben. Im Nachfolgenden wird eine kleine Auswahl der Rechtsprechung vorgestellt, die einige Höhepunkte widerspiegelt. Der Aufbau des Beitrages orientiert sich an den unterbreiteten Situationen und daraus entsprungene Fällen und beschränkt sich auf die Verfahren, in denen neue Entwicklungen zu verzeichnen waren.⁶

* Dieser Beitrag schließt an ZIS 2011, 726 an. Neuere Entwicklungen bis Ende September 2011 sind für den Beitrag berücksichtigt worden. Alle im Beitrag geäußerten Beobachtungen sind die persönlichen Ansichten der Verf. und geben nicht die offizielle Haltung des Internationalen Strafgerichtshofs wieder. Der Beitrag ist eine Ergänzung zum Vortrag von Volker Nerlich vor dem Arbeitskreis Völkerstrafrecht am 17./18.6.2011 in Den Haag, der kurzfristig den Redevortrag auf dem Arbeitskreistreffen für die Verf. übernahm. Auch für seine wertvollen Anmerkungen zu diesem Beitrag sei ihm an dieser Stelle herzlich gedankt.

** Eleni Chaitidou ist als Legal Officer in der Vorverfahrensabteilung tätig.

¹ Diese sind: Demokratische Republik Kongo, Republik Uganda, Zentralafrikanische Republik, Sudan/Darfur, Kenia, Libyen und die Elfenbeinküste.

² Das Verfahren gegen Raska Lukwya wurde am 11.7.2007 aufgrund seines Todes eingestellt, ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 11.7.2007 – ICC-02/04-01/05-248 (Decision to Terminate the Proceedings against Raska Lukwya).

³ Diese angegebene Zahl berücksichtigt auch den Haftbefehl gegen Raska Lukwya (dessen Verfahren eingestellt worden ist) und die zwei Haftbefehle gegen Omar al Bashir.

⁴ Im Lubanga-Verfahren haben sich die Richter zur Ausarbeitung des erstinstanzlichen Endurteils zurückgezogen; im Katanga/Ngudjolo Chui-Verfahren schließt die Verteidigung mit der Aussage der beiden Angeklagten ihren Beweisvortrag ab.

⁵ Alle im Beitrag genannten Artikel ohne Gesetzesangaben sind solche des Römischen Statuts. Die deutsche Terminologie im Beitrag orientiert sich, soweit wie möglich, an der amtlichen Übersetzung des Statuts.

⁶ Aus diesem Grund werden die Situation Uganda und andere Verfahren aus anderen Situationen nicht behandelt.

I. Situation Demokratische Republik Kongo (Vorverfahrenskammer I)⁷

Die „Situation“ („situation“) kann umschrieben werden als das dem Gerichtshof unterbreitete „Szenario“, in dem es den Anschein hat, dass eines oder mehrere der im Römischen Statut aufgeführten Verbrechen begangen wurden. Der Tätigkeitsschwerpunkt am IStGH liegt in dieser Verfahrensphase bei der Anklagebehörde, die die Ermittlungen führt und Beweise sammelt, mit dem Ziel ein konkretes Verfahren („case“) einzuleiten. Gleichzeitig ist die „Situation“ einer Vorverfahrenskammer übertragen, die in diesem Stadium ihre im Statut angelegten Kontrollbefugnisse punktuell über die staatsanwaltschaftliche Tätigkeit ausübt. Der zu behandelnde Sachverhalt ist dann Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens („judicial proceedings“).

In den vergangenen Jahren ist die Vorverfahrenskammer I dem Wunsch von insgesamt 133 Opfern auf Beteiligung auf der Situationsebene nachgekommen, indem sie den Opferstatus dieser Personen anerkannt⁸ und ihnen ein allgemeines Beteiligungsrecht⁹ zugestanden hat. Nachdem die Berufungskammer mit Urteil vom 19.12.2008 ein allgemeines Beteiligungsrecht auf der Situationsebene abgelehnt hatte und eine Unterscheidung zwischen den „Ermittlungen“ des Anklägers auf der einen Seite und „gerichtlichen Verfahren“ – die sich durchaus auch auf Ermittlungen auswirken können – auf der anderen Seite, getroffen hat,¹⁰ waren die Vorverfahrenskam-

⁷ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/04 geführt.

⁸ Norm 85 der Verfahrens- und Beweisordnung. Diese Vorschrift stellt die Definition, wer als Opfer anerkannt werden kann, bereit: „For the purposes of the Statute and the Rules of Procedure and Evidence: (a) ‚Victims‘ means natural persons who have suffered harm as a result of the commission of any crime within the jurisdiction of the Court; (b) Victims may include organizations or institutions that have sustained direct harm to any of their property which is dedicated to religion, education, art or science or charitable purposes, and to their historic monuments, hospitals and other places and objects for humanitarian purposes.“

⁹ Art. 68 Abs. 3. Im ersten Satz dieser Vorschrift findet sich die allgemeine Rechtsgrundlage für die Opferbeteiligung: „Where the personal interests of the victims are affected, the Court shall permit their views and concerns to be presented and considered at stages of the proceedings determined to be appropriate by the Court and in a manner which is not prejudicial to or inconsistent with the rights of the accused and a fair and impartial trial. [...]“.

¹⁰ ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 19.12.2008 – ICC-01/04-556 (Judgment on victim participation in the investigation stage of the proceedings in the appeal of the OPCD against the decision of Pre-Trial Chamber I of 7 December 2007 and in the appeals of the OPCD and the Prosecutor against the decision of Pre-Trial Chamber I of 24 December 2007).

mern bemüht, die Konturen einer sinnvollen Opferbeteiligung auf der Situationsebene erneut zu skizzieren. Für die Situation Demokratische Republik Kongo hat die *Vorverfahrenskammer I* diese am 11.4.2011 in Anlehnung an eine vorausgegangene Entscheidung der *Vorverfahrenskammer II* in der Situation Kenia abermals geklärt.¹¹ Darin wird die von der *Berufungskammer* getroffene Unterscheidung aufgegriffen und ein Beteiligungsrecht der Opfer für den Fall angekündigt, dass ein gerichtliches Verfahren auf Situationsebene, bspw. gemäß Art. 53, 57 Abs. 3 lit. c oder 56 Abs. 3, eröffnet ist. Die Anerkennung des Opferstatus, welcher einer Beteiligung vorausgeht, würde auch erst zum Zeitpunkt der Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens vorgenommen werden. Während die *Vorverfahrenskammer I* sich einig war, dass der Rahmen der Beteiligungsrechte mit dieser Entscheidung neu justiert worden war, war sie in der Frage der Beibehaltung des Opferstatus der 133 bereits anerkannten Opfer gespalten. Die Kammermehrheit erkannte den 68 Opfern, die vom genannten Urteil der *Berufungskammer* erfasst waren, den Opferstatus ab, während die restlichen 65 Opfer, die in vorausgegangenen Entscheidungen der *Vorverfahrenskammer* anerkannt worden waren, ihren Status beibehielten.¹² Am 18.8.2011 erkannte die *Kammer* weitere 8 Opfer als solche an, da deren Opferanträge zum Zeitpunkt der hier besprochenen Entscheidung vom 11.4.2011 in Bearbeitung waren.¹³

Aus der Situation Demokratische Republik Kongo sind insgesamt vier Fälle gegen fünf Angeschuldigte hervorgegangen, die sich in verschiedenen Verfahrensstadien befinden und im Folgenden gesondert dargestellt werden. Im ersten Verfahren gegen den Angeklagten Thomas Lubanga Dyilo haben sich die Richter der *Hauptverfahrenskammer I* zu den abschließenden Beratungen zurückgezogen. Im zweiten Verfahren gegen die Angeklagten Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui schliesst die Verteidigung ihren Beweisvortrag im Hauptverfahren ab. Das dritte Verfahren gegen den Angeschuldigten Bosco Ntaganda „ruht“ im Vorverfahren.¹⁴ Das vierte Verfahren gegen den Angeschuldigten Callixte Mbarushimana befindet sich im Vorverfahren.

¹¹ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 11.4.2011 – ICC-01/04-593 (Decision on victims' participation relating to the situation in the Democratic Republic of the Congo).

¹² Richterin Steiner erklärte in ihrem abweichenden Votum, dass nach ihrem Verständnis das Urteil der *Berufungskammer* vom 19.12.2008 den Opferstatus der 68 betroffenen Opfer nicht tangierte und diese Opfer ihren Opferstatus nicht verloren haben. Ihre abweichende Meinung ist im Anhang der Kammerentscheidung vom 11.4.2011.

¹³ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 18.8.2011 – ICC-01/04-597-Red (Redacted version of the Decision on 13 applications for victims' participation in proceedings relating to the situation in the Democratic Republic of the Congo).

¹⁴ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/04-02/06 geführt. Der Haftbefehl v. 22.8.2006 gegen Bosco Ntaganda ist noch nicht vollstreckt und der Angeschuldigte nicht an den Gerichtshof überstellt worden. Von einer Darstellung dieses Falles wird daher in diesem Beitrag abgesehen.

1. Das Verfahren *Prosecutor v. Thomas Lubanga Dyilo* (*Hauptverfahrenskammer I*)¹⁵

- Überstellung an den IStGH: 17.3.2006
- Bestätigung der Anklage: 29.1.2007
- Hauptverhandlung: 26.1.2009-26.8.2011
- Am Verfahren beteiligte Opfer: 124
- Stand des Verfahrens: abschließende Beratungen der Richter

Nachdem die Rolle der Vermittler („intermediaries“), die den Kontakt zwischen der Anklagebehörde und Zeugen vor Ort in der Demokratischen Republik Kongo ermöglichen und administrativ unterstützen, in den Fokus des Verfahrens gerückt war,¹⁶ ist die *Kammer* dem Vorwurf einer unzulässigen Beeinflussung der Zeugen in einer Reihe von Entscheidungen nachgegangen. Am 10.12.2010 beantragte die Verteidigung die endgültige Einstellung des Verfahrens wegen eines „abuse of process“, da ihrer Meinung nach ein fairer Prozeß gegen den Angeklagten nicht mehr gewährleistet sei.¹⁷ Der Einstellungsantrag war auf fünf Argumente gestützt: (1) vier der Vermittler hätten Zeugen unzulässigerweise zur Falschaussage verleitet; (2) der Ankläger habe Kenntnis von den unwahren Zeugenaussagen gehabt oder notwendige Nachforschungen hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit unterlassen; (3) der Ankläger habe vorsätzlich Material im Hinblick auf die betroffenen Vermittler und Zeugen verspätet offengelegt; (4) ein Opfer, dem eine Nähe zur kongolesischen Regierung zugeschrieben worden ist, habe vermeintlich zwei weitere Opfer, die sich am Verfahren beteiligen, zur Falschaussage angestiftet; und (5) der Ankläger habe seine Verpflichtung zur Unvoreingenommenheit und Fairness gegenüber dem Angeklagten verletzt. In ihrer Entscheidung¹⁸ vom 7.3.2011 betonte die *Kammer* zunächst den Ausnahmecharakter dieses Rechtsbehelfs und stellte den Prüfungsmaßstab auf, nämlich

„first, would it be ‚odious‘ or ‚repugnant‘ to the administration of justice to allow the proceedings to continue, or

¹⁵ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/04-01/06 geführt.

¹⁶ Siehe hierzu den Beitrag von Chaitidou, ZIS 2010, 727 (728).

¹⁷ Der Antrag auf Einstellung eines Verfahrens aufgrund „abuse of process“ ist sui generis und findet keine ausdrückliche Rechtsgrundlage im Römischen Statut. Allerdings wurzelt dieser Rechtsbehelf in der Beachtung international anerkannter Menschenrechte (Art. 21 Abs. 3) und ist von der *Berufungskammer* anerkannt worden. ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 14.12.2006 – ICC-01/04-01/06-772 (Judgment on the Appeal of Mr. Thomas Lubanga Dyilo against the Decision on Defence Challenge to the Jurisdiction of the Court pursuant to article 19(2)(a) of the Statute of 3 October 2006).

¹⁸ ICC (Trial Chamber I), Urt. v. 7.3.2011 – ICC-01/04-01/06-2690-Red (Redacted Decision on the „Defence Application Seeking a Permanent Stay of the Proceedings“).

second have the accused's rights been breached to the extent that a fair trial has been rendered impossible".¹⁹

Sodann wies die *Kammer* alle fünf Argumente mit dem Hinweis zurück, dass zum einen die *Kammer* im Laufe des Verfahrens eine Reihe von Entscheidungen erlassen habe, um die Thematik zu beleuchten, und zum anderen die Fakten nicht ausreichten, um eine so drastische Maßnahme wie die Einstellung des Verfahrens zu rechtfertigen. Die Einstellung des Verfahrens zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei unverhältnismäßig und die Einwände der Verteidigung könnten im Endurteil berücksichtigt werden. Schließlich stellte die *Kammer* klar, dass der Vorwurf, die Anklagebehörde sei im Verfahren von der kongolesischen Regierung instrumentalisiert worden, nicht bestätigt worden sei.

Zum Ende der mündlichen Verhandlung trat ein neues Rechtsproblem auf, das zeitgleich auch im Verfahren Prosecutor v. Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui vor der *Hauptverfahrenskammer II* aufkam.²⁰ Ein in der Demokratischen Republik Kongo inhaftierter Zeuge der Verteidigung ist gemäß Art. 93 Abs. 7 dem IStGH zeitweilig zum Zwecke seiner Vernehmung übergeben worden.²¹ Während seines Aufenthalts war er, auf Ersuchen des IStGH, in der Haftanstalt des Jugoslawientribunals untergebracht, das an die IStGH-Haftanstalt angrenzt. Kurz nach seiner Zeugenvernehmung machte er geltend, dass er aufgrund gesundheitlicher Probleme und der Gefahr, Repressalien wegen seiner Aussage vor dem IStGH bei seiner Rückkehr in die Demokratische Republik Kongo ausgesetzt zu sein, nicht in sein Heimatland zurückkehren könne. Er beantragte daher, unter Berufung auf Art. 68 Abs. 1 und internationale Instrumente, dass die *Kammer* seine Rückkehr in den Kongo aussetze, weitere Sicherheitsmaßnahmen anordne, und dass der Gerichtshof praktische Anordnungen treffe, die es ihm erlauben, seinen vor einem niederländischen Gericht anhängigen Asylantrag weiter zu verfolgen. Nach einer Reihe von Schriftsätzen aller betroffenen Akteure, d.h. des inhaftierten Zeugen, des Anklägers, der Verteidigung, den Niederlanden

als Sitzstaat, der Demokratischen Republik Kongo und der Kanzlei des Gerichtshofs, hat die *Kammer* in einer Entscheidung vom 5.8.2011 geklärt,²² dass der Anwendungsbereich von Art. 68 Abs. 1 nur dann eröffnet sei, wenn die Gefahr für die Sicherheit und das körperliche und seelische Wohl eines Zeugen eine direkte Folge seiner Zeugenaussage vor Gericht ist. Gesundheitliche Probleme könnten daher nicht berücksichtigt werden.²³ Gestützt auf einen Bericht der Kanzlei, in dem Zweifel an der dargestellten Gefahrenlage für den Zeugen erhoben wurden, erklärte die *Kammer*, dass der Gerichtshof seine Verpflichtungen aus Art. 68 Abs. 1 zum Schutz des Zeugen und seiner Familie grundsätzlich erfüllt habe. Folglich wäre gemäß Art. 93 Abs. 7 lit. b der inhaftierte Zeuge unverzüglich der Demokratischen Republik Kongo zu überstellen. Allerdings sah sich die *Kammer* mit den Auswirkungen des gestellten Asylantrags des inhaftierten Zeugen konfrontiert und damit mit der Frage ob nicht die Auslegung des Statuts im Lichte international anerkannter Menschenrechte die unverzügliche Rücküberstellung des Zeugen nach Art. 93 Abs. 7 lit. b verhindere. Vor diesem Hintergrund galt es zunächst festzustellen, unter welche Jurisdiktion der Zeuge fällt.²⁴ Die *Kammer* stellte fest, dass sich der inhaftierte Zeuge de facto auf niederländischem Territorium befinde, selbst wenn er in den Räumlichkeiten des IStGH der Kontrolle des Gerichtshofes unterliege. Daher müsse der Sitzstaat grundsätzlich seinen Verpflichtungen aus verschiedenen internationalen Instrumenten, wie z.B. dem Abkommen von 1951 und Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge oder dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, nachkommen. Der Gerichtshof wiederum müsse in seiner Entscheidung über die unverzügliche Rücküberstellung des Zeugen nicht nur seine Verpflichtungen gegenüber dem Kongo, sondern auch die internationalen Verpflichtungen des Sitzstaates berücksichtigen. Nach Ansicht der *Kammer* überwogen die Verpflichtungen des Sitzstaates. Bei dieser Sachlage beschränkte sich die Verantwortung des Gerichtshofes darauf, sich mit der Demokratischen Republik Kongo auf weitere Sicherheitsmaßnahmen vor Ort zu verständigen, sollte der Zeuge in sein Heimatland zurückkehren. Das Asyl-

¹⁹ ICC (Trial Chamber I), Urt. v. 7.3.2011 – ICC-01/04-01/06-2690-Red (Redacted Decision on the „Defence Application Seeking a Permanent Stay of the Proceedings“), para. 166.

²⁰ Die *Hauptverfahrenskammer II* fällte ihr Urteil am 9.6.2011 und damit zeitlich vor der Entscheidung der Lubanga-Hauptverfahrenskammer. Beide *Kammern* kamen zum selben Ergebnis, von einigen rechtlichen Nuancen abgesehen. Zum Verfahren vor *Hauptverfahrenskammer II* siehe unten.

²¹ Art. 93 Abs. 7 lautet: „(a) The Court may request the temporary transfer of a person in custody for purposes of identification or for obtaining testimony or other assistance. The person may be transferred if the following conditions are fulfilled: (i) The person freely gives his or her informed consent to the transfer, and (ii) The requested State agrees to the transfer, subject to such conditions as that State and the Court may agree. (b) The person being transferred shall remain in custody. When the purposes of the transfer have been fulfilled, the Court shall return the person without delay to the requested State.“

²² ICC (Trial Chamber I), Urt. v. 5.8.2011 – ICC-01/04-01/06-2766-Red (Redacted Decision on the request by DRC-D01-WWWW-0019 for special protective measures relating to his asylum application).

²³ Der Zeuge ist nach seiner Ankunft in den Niederlanden umfassend medizinisch betreut worden. Der betreuende Arzt hatte attestiert, dass der Zeuge reisefähig ist.

²⁴ Die Demokratische Republik Kongo machte geltend, dass der Zeuge nach wie vor in kongolesischer Haft sei, und dass allein der Gewahrsam über den inhaftierten Zeugen dem Gerichtshof zeitweilig übertragen wurde. Unter Hinweis auf Art. 93 Abs. 7 und Art. 44 des Sitzstaatabkommens machten die Niederlande geltend, dass der Inhaftierte zeitweilig im Gewahrsam des Gerichtshofes sei und die Niederlande daher keine Jurisdiktion über den Inhaftierten ausüben könne. Gleichzeitig machten die Niederlande deutlich, dass sie einen Asylantrag ordnungsgemäß bearbeitet würden.

verfahren allerdings falle allein in die Zuständigkeit der Niederlande. Für eine Aufrechterhaltung der Haft des Zeugen, während über seinen Asylantrag entschieden wird, sei der Gerichtshof daher nicht befugt. Da der Gerichtshof aufgrund Art. 21 Abs. 3 sicherstellen müsse, dass der inhaftierte Zeuge effektiv das Recht auf Asyl genießen könne, müsse gewährleistet werden, dass er Zugang zu seinem Anwalt habe, und dass er das Territorium der Niederlande nicht verlassen müsse, bis über seinen Asylantrag entschieden sei. So beauftragte die *Kammer* die Kanzlei des IStGH, Konsultationen mit den Niederlanden aufzunehmen, ob und wie der inhaftierte Zeuge für die Dauer seines Asylantrages in die „Kontrolle“ der Niederlande überführt werden könne.²⁵

Die Niederlande und die Demokratische Republik haben Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt, die von der *Hauptverfahrenskammer I* zugelassen wurde.²⁶ Das Beschwerdeverfahren ist zum Zeitpunkt der Anfertigung dieses Beitrages nicht öffentlich.

2. Das Verfahren *Prosecutor v. Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui* (*Hauptverfahrenskammer II*)²⁷

- Überstellung an den IStGH: 17.10.2001 (Katanga) und 7.2.2008 (Ngudjolo)
- Bestätigung der Anklage: 26.9.2008
- Beginn der Hauptverhandlung: 24.11.2009
- Am Verfahren beteiligte Opfer: 366²⁸
- Stand des Verfahrens: Beweisvortrag der Verteidigung

Auch in diesem Verfahren sind drei im Kongo inhaftierte Zeugen der Verteidigung gemäß Art. 93 Abs. 7 dem IStGH zeitweilig zum Zwecke ihrer Vernehmung übergeben worden. Auch hier machten die inhaftierten Zeugen geltend, dass sie als politische Gegner der kongolesischen Regierung und ihrer Aussage vor dem IStGH befürchten müssten, von Personen, die dem Kreis um die kongolesische Regierung angehören, bei ihrer Rückkehr in ihr Heimatland bedroht zu werden. Sie beantragten daher eine Reihe von Maßnahmen, die den vom inhaftierten Zeugen im Lubanga-Verfahren beantragten Sicherheitsmaßnahmen ähnlich waren. Zum Zeitpunkt der Entscheidung der *Hauptverfahrenskammer II* hatten alle drei inhaftierten Zeugen ein Asylgesuch bei den niederländischen Behörden eingereicht.²⁹ Auch die *Hauptverfahrens-*

kammer II suspendierte mit Entscheidung vom 9.6.2011³⁰ für die Dauer des Asylverfahrens die unverzügliche Rücküberstellung der drei inhaftierten Zeugen in die Demokratische Republik Kongo, da Art. 21 Abs. 3 das Gericht zwingt, Art. 93 Abs. 7 lit. b im Lichte international anerkannter Menschenrechte auszulegen. Im Gegensatz zur Entscheidung im Lubanga-Verfahren legte die *Hauptverfahrenskammer II* allerdings ihren Argumentationsschwerpunkt auf die effektive Verwirklichung der Rechte der inhaftierten Zeugen, die ihnen durch verschiedene internationale Instrumente garantiert seien. Im Ergebnis erklärte die *Kammer* unmissverständlich, dass der Gerichtshof in keiner Weise die Antragstellung auf Asyl behindern dürfe. Gegen diese Entscheidung beantragten der Ankläger,³¹ die Niederlande³² und die Demokratische Republik Kongo³³ Zulassung einer Beschwerde an die Berufungskammer. Diese wurde von der *Hauptverfahrenskammer II* abgelehnt.³⁴ Die Niederlande traten im Nachfolgenden an die *Berufungskammer* heran und erbaten Hinweise, unter welchen Bedingungen der Staat eine Beschwerde gem. Art. 82 Abs 1 lit. d direkt bei der *Berufungskammer* eingelegt könne. Die *Berufungskammer* lehnte dieses Gesuch in limine ab, da den Niederlanden kein Rechtsbehelf nach dem Statut zustehe.³⁵

Im Nachfolgenden ordnete die *Kammer* die Aufnahme von Konsultationen zwischen der IStGH-Kanzlei, den Niederlanden und der Demokratischen Republik Kongo an, mit dem Ziel zu eruieren, ob die drei betroffenen Personen wäh-

²⁵ Siehe auch ICC (Trial Chamber I), Urt. v. 12.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2785 (Order on the Report of the Registrar on the execution of decision ICC-01/04-01/06-2766-Conf).

²⁶ ICC (Trial Chamber I), Urt. v. 12.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2785 (Order on the Report of the Registrar on the execution of decision ICC-01/04-01/06-2766-Conf), para. 11.

²⁷ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/04-01/07 geführt.

²⁸ Diese Zahl reflektiert den Stand Juni 2011.

²⁹ Im Gegensatz zum Sachverhalt im Lubanga-Verfahren, hatte hier die Kanzlei den drei inhaftierten Zeugen den Kontakt zu ihrem Anwalt aktiv verwehrt. Die *Kammer* rügte diese Intervention als unzulässig und ordnete an, dass die Kanzlei unverzüglich den Besuch eines Anwalts in der Haftanstalt des IStGH gestatte.

³⁰ ICC (Trial Chamber II), Urt. v. 9.6.2011 – ICC-01/04-01/07-3003-tENG (Decision on the Amicus Curiae application and on the ‘Requête tendant à obtenir présentations des témoins DRC-D02-P-0350, DRC-D02-P-0236, DC-D02-P-0228 aux autorités néerlandaises aux fins d’asile’ [articles 68 and 93(7) of the Statute]).

³¹ ICC, Schriftsatz des Anklägers v. 15.6.2011 – ICC-01/04-01/07-3021 (Prosecution’s Application for Leave to Appeal Trial Chamber II’s ‘Décision sur une requête en amicus curiae et sur la requête à obtenir présentations des témoins DRC-D02-P-0350, DRC-D02-P-0236, DRC-D02-P-0228 aux autorités néerlandaises aux fins d’asile’ [ICC-01/04-01/07-3003]).

³² ICC, Schriftsatz der Niederlande v. 15.6.2011 – ICC-01/04-01/07-3020 (Application for Leave to Appeal the Trial Chamber’s Decision ICC-01/04-01/07-3003 dated 9 June 2011).

³³ ICC, Schriftsatz der Demokratischen Republik Kongo v. 15.6.2011 – ICC-01/04-01/07-3023 (Demande d’autorisation d’interjeter appel de la Décision sur une requête en amicus curiae et sur la ‘requête à obtenir présentations des témoins DRC-D02-P-0350, DRC-D02-P-0236, DRC-D02-P-0228 aux autorités néerlandaises aux fins d’asile’).

³⁴ ICC (Trial Chamber II), Urt. v. 14.7.2011 – ICC-01/04-01/07-3073-tENG (Decision on three applications for leave to appeal Decision ICC-01/04-01/07-3003 of 9 June 2011).

³⁵ ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 26.8.2011 – ICC-01/04-01/07-3132 (Decision on the ‘Urgent Request for Directions’ of the Kingdom of the Netherlands of 15 July 2011).

rend des Asylverfahrens in Haft verbleiben müssten und wer für ihre weitere Haft zuständig ist.³⁶

Mit Entscheidung vom 26.8.2011 bat die *Kammer* die Parteien und Opfer um Stellungnahmen, ob eine Ortsbesichtigung der Ortschaft Bogoro, auf die der von der *Kammer* untersuchte Angriff der Rebellengruppen im Jahr 2003 stattgefunden haben soll, durchgeführt werden solle.³⁷

Der Beweisvortrag der Verteidigung schließt mit den Zeugenaussagen der Angeklagten Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui, die ihre Aussagen unter Eid ablegen. Diesbezüglich erbat Mathieu Ngudjolo Chui vorab gewisse Zusicherungen, die jedem Zeugen nach dem Statut zustünden. Die *Kammer* klärte in einer weiteren Entscheidung vom 13.9.2011,³⁸ dass der Angeklagte als Zeuge alle Fragen beantworten müsse, selbst wenn die Antworten für ihn belastend seien, und dass seine Zeugenaussage gegen ihn verwendet werden könne. Der Angeklagte könne des Weiteren keine Zusicherung nach Art. 93 Abs. 2 erhalten,³⁹ da eine solche Zusicherung mit der prozessualen Stellung des Angeklagten nicht vereinbar sei. Auch könne der Angeklagte nicht von der Schutzvorschrift 74 der Verfahrens- und Beweisordnung profitieren,⁴⁰ da er als Angeklagter freiwillig unter Eid aussage und damit auf sein Recht zu schweigen verzichtet habe.

3. Das Verfahren *Prosecutor v. Callixte Mbarushimana* (Vorverfahrenskammer I)⁴¹

- Erlass des Haftbefehls: 28.9.2010
- Überstellung an den IStGH: 25.1.2011
- Am Vorverfahren beteiligte Opfer: 132
- Stand des Verfahrens: Anfertigung der „confirmation of charges“ Entscheidung

Der Angeschuldigte Mbarushimana wurde am 28.1.2011 zum ersten Mal den Richtern der *Vorverfahrenskammer I* vorgeführt, die den Beginn der Anhörung zur Bestätigung der Anklagepunkte („confirmation of charges“) auf den 4.7.2011

³⁶ ICC (Trial Chamber II), Urt. v. 24.8.2011 – ICC-01/04-01/07-3128 (Decision on the Security Situation of witnesses DRC-D02-P-0236, DRC-D02-P-0228 and DRC-D02-P-0350).

³⁷ ICC (Trial Chamber II), Urt. v. 26.8.2011 – ICC-01/04-01/07-3131 (Order Inviting the Parties and Participants to Make Observations Regarding a Judicial Site Visit).

³⁸ ICC (Trial Chamber II), Urt. v. 13.9.2011 – ICC-01/04-01/07-3153 (Decision on the request of the Defence for Mathieu Ngudjolo to obtain assurances with respect to self-incrimination for the accused).

³⁹ Art. 93 Abs. 2 lautet: „The Court shall have the authority to provide an assurance to a witness or an expert appearing before the Court that he or she will not be prosecuted, detained or subjected to any restriction of personal freedom by the Court in respect of any act or omission that preceded the departure of that person from the requested State.“

⁴⁰ Aus Platzgründen kann die Vorschrift mit dem Titel „Self-incrimination by a witness“ nicht wiedergegeben werden.

⁴¹ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/04-01/10 geführt.

terminierten. Am selben Tag erließ die *Kammer* auch eine Entscheidung, mit der die Anfechtung des Haftbefehls durch den Angeschuldigten zurückgewiesen wurde.⁴² Mbarushimana hatte vorgetragen, dass der Haftbefehl nichtig sei, weil die Sache zum Zeitpunkt des Haftbefehlerlasses unzulässig gewesen sei.⁴³ Die Bundesanwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland habe nämlich gegen ihn i.S.v. Art. 17 Abs. 1 lit. a ermittelt und das Ermittlungsverfahren gem. §153c und §153f StPO erst am 3.12.2010, d.h. *nach* Erlass des IStGH-Haftbefehls, eingestellt. Der Ankläger habe die *Kammer* über diese Sachlage nur unzureichend in seinem Haftbefehlsantrag informiert, die bei Kenntnis aller entscheidungserheblichen Informationen möglicherweise den Haftbefehl nicht erlassen hätte. Die *Kammer* wies darauf hin, dass die Zulässigkeit der Sache bei Erlass eines Haftbefehls nur unter engen Voraussetzungen geprüft werde, und dass die Zulässigkeit der Sache auch nicht in den Prüfungsumfang der Norm 117 Abs. 3 der Verfahrens- und Beweisordnung⁴⁴ falle. Sodann beantragte der Angeschuldigte auf Grundlage desselben Sachvortrags die endgültige Einstellung des Verfahrens („permanent stay of proceedings“), da der Ankläger die *Kammer* bewusst irreführt habe und sein Verhalten ein „abuse of process“ darstelle. Zudem beantragte Mbarushimana die Herausgabe des relevanten Schriftverkehrs zwischen der Bundesanwaltschaft und dem Ankläger. Auch dieser Antrag wurde mit Entscheidung vom 1.7.2011 gänzlich von der *Kammer* verworfen.⁴⁵ Eine Beschwerde der Verteidigung gegen diese Entscheidung wurde von der *Kammer* nicht zugelassen.⁴⁶

Am 30.3.2011 legte die *Kammer* die Leitlinien und den Zeitplan für die bevorstehende Offenlegung („disclosure“) der Beweismittel zwischen dem Ankläger und der Verteidigung fest.⁴⁷ Die Kammermehrheit verlangte für sich Zugang nur zu den Beweismitteln, die die Parteien bei der „confirma-

⁴² ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 28.1.2011 – ICC-01/04-01/10-50 (Decision on the Defence Challenge to the Validity of the Arrest Warrant).

⁴³ ICC, Schriftsatz des Angeschuldigten v. 9.1.2011 – ICC-01/04-01/10-32 (Defence Challenge to the Validity of the Arrest Warrant).

⁴⁴ Die Vorschrift lautet: „A challenge as to whether the warrant of arrest was properly issued in accordance with article 58, paragraph 1 (a) and (b), shall be made in writing to the Pre-Trial Chamber. The application shall set out the basis for the challenge. After having obtained the views of the Prosecutor, the Pre-Trial Chamber shall decide on the application without delay.“

⁴⁵ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 1.7.2011 – ICC-01/04-01/10-264 (Decision on the „Defence request for a permanent stay of proceedings“).

⁴⁶ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 15.7.2011 – ICC-01/04-01/10-288 (Decision on the Defence request for leave to appeal the „Decision on the „Defence request for a permanent stay of proceedings““ (ICC-01/04-01/10-264).

⁴⁷ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 30.3.2011 – ICC-01/04-01/10-87 (Decision on issues relating to disclosure).

tion of charges“ Anhörung präsentieren würden.⁴⁸ Desweiteren legte die *Kammer* fest, dass der Ankläger den Inhalt von entlastendem Beweismaterial nach Art. 67 Abs. 2 und solchen, die unter den Anwendungsbereich der Norm 77 der Verfahrens- und Beweisordnung fallen, knapp zusammenfassen und eine Erklärung einreichen müsse, welche Relevanz diese Beweisstücke für die Vorbereitung der Verteidigung haben. Gegen diese Entscheidung beantragte der Ankläger die Zulassung einer Beschwerde, mit der er sich u.a. wegen der von der *Kammer* geforderten inhaltlichen Zusammenfassung entlastender Beweismittel an die *Berufungskammer* wenden wollte. Die *Kammer* wies diesen Antrag am 21.4.2011 zurück.⁴⁹

Am 19.7.2011 focht der Angeschuldigte die Zuständigkeit des Gerichtshofes an.⁵⁰ Bezugnehmend auf die frühere Feststellung der *Kammer*, dass die Parameter der Situation von der „Krisensituation“ bestimmt seien, die zum Zeitpunkt der Unterbreitungserklärung der Demokratischen Republik Kongo vom 3.3.2004 bestand,⁵¹ trug er vor, dass die der Unterbreitungserklärung zugrundeliegende „Krisensituation“ („situation of crisis“) allein die Region Ituri und nicht die Ereignisse in den Nord- und Süd-Kivus erfasse. Es bestehe daher kein ausreichender Nexus zwischen den Anklagepunkten und der Situation. Die *Kammer* bat um die Stellungnahmen des Anklägers,⁵² der Opfer und der Demokratischen Republik Kongo.⁵³ Eine Entscheidung zur Zuständigkeit steht noch aus.

⁴⁸ Erwähnenswert ist das abweichende Votum von Richter Tarfusser, der wie schon in vorangegangenen Vorverfahren weiterhin die Ansicht vertritt, dass die *Kammer* auch in diesem Verfahrensstadium Zugang zu entlastenden Beweismitteln gewährt werden muss. *Vorverfahrenskammer II* hat seit dem Bemba-Vorverfahren einen gegenteiligen Weg eingeschlagen und verlangt die Kommunikation *aller* offengelegter Beweismittel an die *Kammer*.

⁴⁹ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 21.4.2011 – ICC-01/04-01/10-116 (Decision on the Prosecution’s application for leave to Appeal the „Decision on issues relating to disclosure“ [ICC-01/04-01/10-87]).

⁵⁰ ICC, Schriftsatz des Angeschuldigten v. 19.7.2011 – ICC-01/04-01/10-290 (Defence Challenge to the Jurisdiction of the Court).

⁵¹ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 6.9.2010 – ICC-01/04-575 (Decision requesting clarification on the Prosecutor’s Application under Article 58).

⁵² ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 20.7.2011 – ICC-01/04-01/10-297 (Order to the Prosecutor requesting observations on the „Defence Challenge to the Jurisdiction of the Court“). Obgleich Anordnungen und Entscheidungen die Zuständigkeit des Gerichts betreffend nach Art. 57 Abs. 2 die Zustimmung der gesamten *Kammer* bedürfen, ist diese Entscheidung von Richter Tarfusser allein als „Duty Judge“ erlassen worden.

⁵³ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 16.8.2011 – ICC-01/04-01/10-377 (Decision requesting observations on the „Defence Challenge to the Jurisdiction of the Court“). Diese Kammerentscheidung trägt den Anforderungen des Art. 19 Abs. 3 S. 2 Rechnung.

Nachdem die „confirmation of charges“ Anhörung zweimal verschoben worden war,⁵⁴ fand die Anhörung vom 16. bis 21.9.2011 statt.⁵⁵

II. Situation Zentralafrikanische Republik (Vorverfahrenskammer II)⁵⁶

Aus dieser Situation ist ein Fall hervorgegangen, der im Nachfolgenden besprochen wird.

*Das Verfahren Prosecutor v. Jean-Pierre Bemba Gombo (Hauptverfahrenskammer III)*⁵⁷

- Überstellung an den IStGH: 3.7.2008
- Bestätigung der Anklagepunkte: 15.6.2009
- Beginn der Hauptverhandlung: 22.11.2010
- Am Hauptverfahren beteiligte Opfer: 1.617⁵⁸
- Verfahrensstand: Beweisvortrag des Anklägers

Mit einer Mehrheitsentscheidung vom 18.11.2010 folgte die *Kammer* der bisherigen Rechtsprechung des Gerichtshofes und erklärte das sog. „witness proofing“ von Zeugen vor ihrer Aussage für nicht zulässig.⁵⁹ Weiter entschied die Richtermehrheit am 19.11.2010,⁶⁰ dass alle schriftlichen Zeugen-

⁵⁴ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 31.5.2011 – ICC-01/04-01/10-207 (Decision on the Prosecution’s request for the postponement of the confirmation hearing); ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 16.8.2011 – ICC-01/04-01/10-374 (Decision postponing the commencement of the confirmation hearing).

⁵⁵ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 12.9.2011 – ICC-01/04-01/10-413 (Second decision on the schedule of the confirmation hearing).

⁵⁶ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/05 geführt.

⁵⁷ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/05-01/08 geführt.

⁵⁸ Stand 26.9.2011. Weitere 2.830 Anträge auf Beteiligung von Opfern sind bei Gericht zur Entscheidung anhängig, siehe ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 9.9.2011 – ICC-01/05-01/08-1726 (Decision setting a timeline for the filing of observations on pending victims’ applications).

⁵⁹ ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 18.11.2010 – ICC-01/05-01/08-1016 (Decision on the Unified Protocol on the practices used to prepare and familiarise witnesses for giving testimony at trial). Richterin Ozaki war in ihrem abweichenden Votum der Auffassung, dass, obgleich das Statut und die Verfahrens- und Beweisordnung keine ausdrückliche Rechtsgrundlage bereit stellen, Art. 64 Abs. 2 und Abs 3 lit. a die Praxis des „witness proofing“ zulasse, ICC (Trial Chamber III), Urteil v. 24.11.2010 – ICC-01/095-01/08-1039 (Partly Dissenting Opinion of Judge Kuniko Ozaki on the Decision on the Unified Protocol on the practices used to prepare and familiarise witnesses for giving testimony at trial). Siehe dazu auch *Chaitidou*, ZIS 2008, 371 (372).

⁶⁰ ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 19.11.2010 – ICC-01/05-01/08-1022 (Decision on the admission into evidence of materials contained in the prosecution’s list of evidence).

aussagen, die bereits der Verteidigung offengelegt worden sind, prima facie als Beweismittel zugelassen werden.⁶¹ Dies würde das Verfahren beschleunigen, da nicht jedes einzelne Schriftstück gesondert zugelassen werden müsse, und würde das bevorstehende Befragen der Zeugen verkürzen. Sie stellte klar, dass dieser Ansatz die *Kammer* jedoch nicht hindere, zu einem späteren Zeitpunkt über die Zulässigkeit eines Beweismittels (auf Ersuchen der Parteien oder proprio motu) oder seine Beweiskraft zu entscheiden. Die Richtermehrheit entschied, dass das Statut zwar eine Präferenz für den Mündlichkeitsgrundsatz ausdrückt, dieser Grundsatz aber nicht absolut gilt. So gebe es eine Vielzahl von Vorschriften, die andere Beweisarten als das mündliche Zeugnis ausdrücklich zulassen. Nach Ansicht der Richtermehrheit folgt das Statut nicht dem rigiden Beweisrecht des „common law“ sondern erlaube die Flexibilität der „civil law“ Beweisregeln, vorausgesetzt, dass die Erheblichkeit und Zulässigkeit der Beweismittel vom Gericht überprüft werden können. Überdies verletze es nicht die Rechte des Angeklagten, der zu einem frühen Zeitpunkt Zugang zu den schriftlichen Aussagen der Zeugen habe und seine Verteidigung besser vorbereiten könne. Dieser Ansatz trage auch zur Kohärenz zwischen Vorverfahren und Hauptverfahren bei, da die meisten Zeugenaussagen – sowie andere Schriftstücke – bereits in der Entscheidung zur Bestätigung der Anklagepunkte als Beweismittel herangezogen worden sind. Auf diese Entscheidung aufbauend, organisierte die *Kammer* die bevorstehende Befragung von Zeugen in der Hauptverhandlung.⁶² Auf das Recht einer möglichen unbeeidigten Erklärung des Angeklagten nach Art. 67 Abs. 1 lit. h wurde ausdrücklich Bezug genommen. Ob also der Angeklagte als Zeuge unter Eid aussagen könne, beantwortete die *Kammer* (noch) nicht.

Die *Berufungskammer*⁶³ verwarf den Ansatz der *Kammer* in ihrem Urteil vom 3.5.2011⁶⁴ und entschied, dass für den

⁶¹ Richterin Ozaki lehnte in ihrem abweichenden Votum die „vorläufige Zulassung“ von Beweismitteln ab. Ihrer Meinung müsse für den Angeklagten klar ersichtlich sein, ob ein Beweismittel zugelassen sei oder nicht. Die Zulassung schriftlicher Aussagen der Zeugen verstöße ihrer Meinung nach gegen den im Statut aufgestellten Mündlichkeitsgrundsatz, Öffentlichkeitsgrundsatz und das Beschleunigungsgebot, siehe ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 23.11.2010 – ICC-01/05-01/08-1028 (Dissenting Opinion of Judge Kuniko Ozaki on the Decision on the admission into evidence of materials contained in the prosecution’s list of evidence).

⁶² ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 19.11.2010 – ICC-01/05-01/08-1023 (Decision on Directions for the Conduct of the Proceedings).

⁶³ Die von beiden Parteien eingelegte Beschwerde wurde von *Hauptverfahrenskammer III* zugelassen, siehe ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 26.1.2011 – ICC-01/05-01/08-1169 (Decision on the prosecution and defence applications for leave to appeal the „Decision on the admission into evidence of materials contained in the prosecution’s list of evidence“).

⁶⁴ ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 3.5. 2011 – ICC-01/05-01/08-1386 (Judgment on the appeals of Mr Jean-Pierre Bemba Gombo and the Prosecutor against the decision of

Fall („in that case“), dass die *Hauptverfahrenskammer* über die Zulässigkeit der Beweismittel gem. Art. 69 Abs. 4 entscheide, sie dies für jedes beigebrachte („submitted“)⁶⁵ Beweismittel einzeln und individuell begründet vornehmen müsse. Eine vorläufige „prima facie“ Zulassung von Beweismitteln sei im Statut nicht vorgesehen. Ein pauschales Zulassen schriftlicher Zeugenaussagen verletze zudem den Mündlichkeitsgrundsatz (Art. 69 Abs. 2), von dem nur unter strikten Bedingungen abgewichen werden könne. Die *Berufungskammer* hat es also ins Ermessen der unter-instanzlichen *Kammern* gestellt, ob jene das dem common law entlehnte intensive Zulassungsverfahren von beigebrachten Beweisen vornehmen oder, wie im civil law System üblich, ob jene die Beweiskraft und Relevanz der Beweise sowie mögliche Nachteile für die Verteidigung erst im Endurteil prüfen. Diese Auslegung steht im Einklang mit dem Wortlaut des Art. 69 Abs. 4, der den *Kammern* die Möglichkeit überlässt, ein Zulassungsverfahren durchzuführen oder nicht („may“).

Nach dem Urteil der *Berufungskammer* erließ die *Kammer* erneut eine Anordnung zur Beibringung von Beweismitteln, insbesondere schriftlicher Zeugenaussagen, in der sie den von der *Berufungskammer* aufgestellten Anforderungen zum Zulässigkeitsverfahren von Beweismitteln Rechnung trägt.⁶⁶

III. Situation Sudan/Darfur (Vorverfahrenskammer I)⁶⁷

Aus dieser Situation sind vier Fälle hervorgegangen die sich in verschiedenen Verfahrensstadien befinden und im Folgenden gesondert dargestellt werden. Das Verfahren gegen Bahr Idriss Abu Garda wurde bereits im Vorverfahren eingestellt.⁶⁸ In einem weiteren Verfahren gegen Abdallah Banda Abakaer Nourain und Saleh Mohammed Jerbo Jamus sind die Anklagepunkte bestätigt und die Angeklagten der *Hauptverfah-*

Trial Chamber III entitled „Decision on the admission into evidence of materials contained in the prosecution’s list of evidence“).

⁶⁵ Die Terminologie ist in diesem Fall im Lichte des für die *Hauptverfahrenskammern* anwendbaren Art. 74 Abs. 2 zu verstehen. Im Vorverfahren, auf das Art. 69 auch Anwendung findet (Norm 122 Abs. 9 der Verfahrens- und Beweisordnung), „präsentieren“ („present“) die Parteien ihre Beweise (Art. 61 Abs. 6, Norm 121 und 122 der Verfahrens- und Beweisordnung).

⁶⁶ ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 31.5.2011 – ICC-01/05-01/08-1470 (Order on the procedure relating to the submission of evidence). Richterin Ozaki lehnte die Auslegung der Richtermehrheit von Norm 68 der Verfahrens- und Beweisordnung ab sowie die von der *Kammer* beanspruchte Befugnis, die schriftliche Zeugenaussage in vollem Umfang zu verlangen, ab, siehe ICC (Trial Chamber III), Urt. v. 31.5.2011 – ICC-01/05-01/08-1471 (Partly Dissenting Opinion of Judge Kuniko Ozaki on the Order on procedure relating to the admission of evidence).

⁶⁷ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-02/05 geführt.

⁶⁸ Siehe die Besprechung des Falles *Chaitidou*, ZIS 2010, 726 (733).

renskammer IV zugewiesen worden. Das Verfahren gegen die beiden Angeschuldigten Ahmad Muhammad Harun und Ali Muhammad Ali Abd-Rahman „ruht“, da diese noch nicht dem IStGH überstellt worden sind.⁶⁹ Die Reisetätigkeiten des sudanesischen Präsidenten al Bashir haben die *Vorverfahrenskammer I* zu einer Reihe von Entscheidungen veranlasst.

*1. Das Verfahren Prosecutor v. Omar Hassan Ahmad Al Bashir (Vorverfahrenskammer I)*⁷⁰

- Erlass des ersten Haftbefehls: 4.3.2009
- Erlass des zweiten Haftbefehls: 12.7.2010
- Am Vorverfahren beteiligte Opfer: 12
- Verfahrensstand: Angeschuldigter noch nicht verhaftet

Wie bereits bei seinen vergangenen Besuchen in die Republik Kenia und Tschad,⁷¹ hat die *Kammer* auf Besuche des sudanesischen Präsidenten in die Zentralafrikanische Republik, die Republik Djibouti und die Republik Tschad reagiert. Alle drei Länder sind Vertragsstaaten des IStGH-Statuts und damit verpflichtet, al Bashir zu verhaften und an den IStGH zu überstellen. In der Entscheidung betreffend die Zentralafrikanische Republik vom 1.12.2010⁷² ordnete die *Kammer* an, dass der Vertragsstaat alle geeigneten Massnahmen treffen solle, um al Bashir zu verhaften, der sich am selben Tag im Vertragsstaat aufhielt. In ihrer Entscheidung betreffend die Republik Tschad⁷³ reagierte die *Kammer* auf einen zweiten Besuch al Bashir's in den Tschad seit Erlass der Haftbefehle. Die *Kammer* erinnerte Tschad an seine Verpflichtungen aus dem Römischen Statut und forderte den Vertragsstaat zu einer Stellungnahme gem. Regulation 109 Abs. 3 der Geschäftsordnung⁷⁴ auf. In ihrer die Republik Djibouti betreffenden Entscheidung,⁷⁵ informierte die *Kammer* den Sicherheitsrat und die Vertragsstaatenversammlung über den Besuch al Bashirs in den Vertragsstaat, damit der Sicherheitsrat und die Vertragsstaatenversammlung geeignete Massnahmen treffen können.

⁶⁹ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-02/05-01/07 geführt. Die Haftbefehle vom 27.4.2007 gegen beide Angeschuldigte sind noch nicht vollstreckt. Von einer Darstellung dieses Falles wird daher in diesem Beitrag abgesehen.

⁷⁰ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-02/05-01/09 geführt.

⁷¹ Siehe dazu *Chaitidou*, ZIS 2010, 726 (733).

⁷² ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 1.12.2010 – ICC-02/05-01/09-121 (Demande de coopération et d'information adressée à la République Centrafricaine).

⁷³ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 18.8.2011 – ICC-02/05-01/09-132 (Decision requesting observations about Omar Al-Bashir's recent visit to the Republic of Chad).

⁷⁴ Regulation 109 Abs. 3 der Geschäftsordnung lautet: „Before making a finding in accordance with article 87, paragraph 7, the Chamber shall hear from the requested State.“

⁷⁵ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 12.5.2011 – ICC-02/05-01/09-129 (Decision informing the United Nations Security Council and the Assembly of the States Parties to the Rome Statute about Omar Al-Bashir's recent visit to Djibouti).

*2. Das Verfahren Prosecutor v. Abdallah Banda Abakaer Nourain und Saleh Mohammed Jerbo Jamus (Vorverfahrenskammer I)*⁷⁶

- Erlass der Ladungen: 27.8.2009 (unter Verschluss)
- Veröffentlichung der Ladungen: 15.6.2010
- Bestätigung der Anklagepunkte: 7.3.2011
- Am Vorverfahren beteiligte Opfer: 89
- Verfahrensstand: Vorbereitung des Hauptverfahrens

a) Verfahren vor Vorverfahrenskammer I

Mit Entscheidung vom 7.3.2011 bestätigte die *Vorverfahrenskammer I* gegen die Angeschuldigten Banda und Jerbo die vom Ankläger erhobenen Anklagepunkte der vorsätzlichen und versuchten Tötung, Plünderung und eines vorsätzlichen Angriffs auf eine von der Afrikanischen Union entsandte friedenserhaltende Mission in Haskanita/Darfur am 29.9.2007 in indirekter Mittäterschaft gem. Art. 8 Abs. 2 lit. c-i, Art. 8 Abs. 2 lit. e-iii und Art. 8 Abs. 2 lit. e-v.⁷⁷ Dem auch im Abu Garda-Verfahren vorgetragene Vorwurf, die Mission hätte ihren Schutz unter dem Statut durch die vermeintliche Anwesenheit einer regierungsnahen Person verloren, sind die Richter nicht gefolgt.

Erwähnenswert ist, dass sich die Verteidigung mit dem Ankläger für die Zwecke des Vorverfahrens auf eine Reihe von im „document containing the charges“ aufgeführte Tatsachen gem. Norm 69 der Verfahrens- und Beweisordnung⁷⁸ geeinigt hatte. Folglich hat die Verteidigung während der „confirmation of charges“ Anhörung⁷⁹ keine Einwendungen gegen die Anklagepunkte vorgebracht und keine Beweismittel angefochten oder beigebracht. Die *Kammer* erklärte in ihrer Entscheidung vom 7.3.2011, dass sie die Einigung der Parteien mit Vorsicht in Betracht gezogen habe.⁸⁰ In ihrer Entscheidung bezog sie sich zudem auf eine Reihe früherer Feststellungen im Abu Garda-Verfahren, dem derselbe Sachverhalt zugrunde lag. Nach Bestätigung der Anklagepunkte

⁷⁶ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-02/05-03/09 geführt.

⁷⁷ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 7.3.2011 – ICC-02/05-03/09-121-Corr-Red (Corrigendum of the „Decision on the Confirmation of Charges“).

⁷⁸ Norm 69 der Verfahrens- und Beweisordnung lautet: „The Prosecutor and the defence may agree that an alleged fact, which is contained in the charges, the contents of a document, the expected testimony of a witness or other evidence is not contested and, accordingly, a Chamber may consider such alleged fact as being proven, unless the Chamber is of the opinion that a more complete presentation of the alleged facts is required in the interests of justice, in particular the interests of victims.“

⁷⁹ Die mündliche Verhandlung fand am 8.12.2010 in Abwesenheit der beiden Angeschuldigten statt.

⁸⁰ ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 7.3.2011 – ICC-02/05-03/09-121-Corr-Red (Corrigendum of the „Decision on the Confirmation of Charges“), paras. 43 ff.

überwies die Präsidentschaft das Verfahren an die neu konstituierte *Hauptverfahrenskammer IV*.⁸¹

b) Verfahren vor Hauptverfahrenskammer IV

Der Beginn der Hauptverhandlung gegen die Angeklagten ist noch nicht von der *Kammer* terminiert worden. Zum Zwecke ihrer Vorbereitung hat die Verteidigung die *Kammer* u.a. um Erlass einer Anordnung nach Art. 57 Abs. 3 lit. b gebeten,⁸² um die Zusammenarbeit Sudans und der Afrikanischen Union nach Teil 9 des Statuts zu erreichen. Die *Kammer* lehnte die Anträge ab, weil sie den Anforderungen des Art. 96 Abs. 2 nicht genügten, dh zu unbestimmt waren. Erwähnenswert in der Entscheidung betreffend Sudan ist die richterliche Auslegung des Tatbestandmerkmals „as may be necessary“ in Art. 57 Abs. 3 lit. b.⁸³ Es bedeute, dass die Verteidigung sich bemühen müsse, im Rahmen ihrer Beweissammlung alle alternativen Schritte auszuschöpfen, um auf andere Weise an die Beweise zu gelangen, bevor sie sich an die *Kammer* wende. Das schließe ein Herantreten bspw. an dritte Staaten oder den Ankläger des IstGH ein, der gemäß Art. 54 Abs. 1 lit. a verpflichtet sei, gleichermaßen belastende und entlastende Tatsachen zu ermitteln. In der Entscheidung die Afrikanische Union betreffend⁸⁴ merkte die *Kammer* an, dass regionale

⁸¹ ICC (Präsidentschaft), Entscheidung v. 16.3.2011 – ICC-02/05-03/09-124 (Decision constituting Trial Chamber IV and referring to it the case of The Prosecutor v. Abdallah Banda Abakaer Nourain and Saleh Mohammed Jerbo Jamus).

⁸² Die Verteidigung hatte bereits vorher die *Vorverfahrenskammer I* um eine Anordnung ersucht, die dem nicht stattgegeben hatte, da ihrer Ansicht nach die Verteidigung, in Anbetracht ihrer Strategie, die Anklagepunkte nicht anzufechten, und den Zeitpunkt der Antragstellung kurz vor der „confirmation of charges“ Anhörung, die „Notwendigkeit“ i.S.v. Art. 57 Abs. 3 lit b nicht genügend begründet hatte. Sie verwies die Verteidigung an die *Hauptverfahrenskammer*, sollten die Anklagepunkte bestätigt werden, ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 17.11.2010 – ICC-02/05-03/09-102 (Decision on „Defence Application pursuant to Article 57 (3) (b) of the Statute for an order for the preparation and transmission of a cooperation request to the Government of the Republic of Sudan“). Die dagegen eingelegte Beschwerde wurde nicht zugelassen, ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 30.11.2010 – ICC-02/05-03/09-109 (Decision on the „Defence Application for leave to Appeal the „Decision on the Defence Application pursuant to article 57 (3) (b) of the Statute for an order for the preparation and transmission of a cooperation request to the Government of the Republic of Sudan“ of 17 November 2010“).

⁸³ ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 1.7.2011 – ICC-01/02-03/09-169 (Decision on „Defence Application pursuant to articles 57 (3) (b) & 64 (6) (a) of the Statute for an order for the preparation and transmission of a cooperation request to the Government of the Republic of the Sudan“).

⁸⁴ ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 1.7.2011 – ICC-02/05-03/09-170 (Decision on the „Defence Application pursuant to Articles 57 (3) (b) & 64 (6) (a) of the Statute for an order for

Organisationen im Statut Nichtvertragsstaaten gleichgestellt seien und laut Art. 87 Abs. 6 nicht zur Zusammenarbeit verpflichtet werden könnten.

Die Sprache, die beide Angeklagte vollständig verstehen und sprechen, ist Zaghawa, eine nur mündlich gesprochene Sprache, die auf ca. 5.000 Wörter beschränkt ist. Um Art. 67 Abs. 1 lit. a gerecht zu werden, müssen Dolmetscher für die Hauptverhandlung und Übersetzer, die u.a. das belastende Beweismaterial auf einem Tonträger übersetzen, ausgebildet und in die Terminologie des Statuts eingewiesen werden. Dieser Umstand wirkt sich unmittelbar auf die Vorbereitung und Terminierung der Hauptverhandlung aus.⁸⁵

Schließlich ließ auch die *Hauptverfahrenskammer IV* erkennen, dass die sog. „confirmation of charges“ Entscheidung der *Vorverfahrenskammer* den Rahmen des Verfahrens festlege und nicht das sog. „document containing the charges“, das Schriftstück des Anklägers, aus dem die Anklagepunkte hervorgehen.⁸⁶

IV. Situation Republik Kenia (Vorverfahrenskammer II)⁸⁷

Nachdem die *Vorverfahrenskammer II* die Aufnahme von Ermittlungen in der Situation Republik Kenia genehmigt hatte,⁸⁸ beantragte der Ankläger am 15.12.2010 sechs Angeschuldigte wegen begründeten Verdachts der Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den kenianischen Präsidentschaftswahlen 2007/2008 zu laden. Drei der Angeschuldigten, die in der öffentlichen Pressekonzferenz des Anklägers am 15.12.2010 zum ersten Mal von den Vorwürfen Kenntnis erlangten, wandten sich daraufhin an die *Kammer*, um sich vor Erlass der Ladungen zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu äußern. Die *Kammer* lehnte dies ab und klärte, dass das Art. 58 Verfahren zum Erlass eines Haftbefehls oder einer Ladung ex parte mit dem Ankläger allein geführt werde und bis zum Erlass eines Haft-

the preparation and transmission of a cooperation request to the Africa Union“).

⁸⁵ ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 16.8.2011 – ICC-02/05-03/09-199 (Order on translation of witness statements); ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 7.9.2011 – ICC-02/05-03/09-211 (Order to the prosecution and Registry on translation issues); ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 12.9.2011 – ICC-02/05-03/09-214 (Reasons for the Order on translation of witness statements (ICC-02/05-03/09-199) and additional instructions on translation).

⁸⁶ ICC (Trial Chamber IV), Urt. v. 12.9.2011 – ICC-02/05-03/09-214 (Reasons for the Order on translation of witness statements (ICC-02/05-03/09-199) and additional instructions on translation), para. 33; siehe dazu auch *Chaitidou*, ZIS 2010, 726 (728).

⁸⁷ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/09 geführt.

⁸⁸ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 31.3.2010 – ICC-01/09-19-Corr (Decision Pursuant to Article 15 of the Rome Statute on the Authorization of an Investigation into the Situation in the Republic of Kenya). Siehe auch *Chaitidou*, ZIS 2010, 726 (734).

befehls oder einer Ladung die Angeschuldigten nicht gehört werden müssten.⁸⁹

Die *Kammer* erließ am 3.11.2010 die Entscheidung zur Frage der Opferbeteiligung auf der Situationsebene,⁹⁰ die im Kontext der Situation Demokratische Republik bereits kurz vorgestellt wurde. Hinzuzufügen wäre an dieser Stelle, dass die *Vorverfahrenskammer II* auch detailliert festlegte, wann und welche Opferanträge von der *Kammer* bearbeitet werden würden, je nachdem von wem das ‚gerichtliche Verfahren‘ auf der Situationsebene veranlasst werde. Außerdem wurden detaillierte Anweisungen an die Abteilung für Opferbeteiligung (Victims Participation and Reparation Section) erteilt, die als unterstützende administrative Einheit in der Kanzlei die Opferanträge vorab aufbereiten würde.

Die kenianische Regierung stellte am 21.4.2011 einen Antrag auf Rechtshilfe nach Art. 93 Abs. 10, mithilfe dessen sie Zugang zu allem Material, das der Gerichtshof im Zuge der Ermittlungen in die Ereignisse 2007/2008 erlangt hat, erbat. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung bereits die Zulässigkeit der beiden Verfahren (siehe unten) gem. Art. 19 Abs. 2 lit. b angefochten. Die Regierung argumentierte, dass das Material für die nationalen Ermittlungen und Strafverfolgung, die sich auch auf die Angeschuldigten vor dem IstGH erstreckten, hilfreich sei. Weiterhin beantragte sie, dass das Rechtshilfeersuchen noch vor der Entscheidung zur Zulässigkeit der beiden Verfahren entschieden werden müsse. Mit anderen Worten, die Zulässigkeit der Verfahren wurde an die Rechtshilfe an den Vertragsstaat gekoppelt. Die *Kammer* lehnte den Antrag Kenias auf Rechtshilfe am 29.6.2011 ab.⁹¹

⁸⁹ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 18.1.2011 – ICC-01/09-35 (Decision on Application for Leave to Submit Amicus Curiae Observations) – betreffend William Samoei Ruto; die Beschwerde des Angeschuldigten Ruto wurde nicht zugelassen, siehe ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 11.2.2011 – ICC-01/09-43 (Decision on a Request for Leave to Appeal); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 11.2.2011 – ICC-01/09-42 (Decision on the „Application for Leave to Participate in the Proceedings before the Pre-Trial Chamber relating to the Prosecutor’s Application under Article 57 (7)“ – Mohammed Hussein Ali betreffend; ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 18.2.2011 – ICC-01/09-47 (Decision on Application for Leave to Participate under Articles 58, 42 (5), (7)-(8) (a) of the Rome Statute and Rule 34 (1) (d) and (2) of the Rules of Procedure and Evidence) – betreffend Joshua Arap Sang. Dieser Auslegung des Statuts folgte auch *Vorverfahrenskammer I* im Gaddafi-Verfahren, ICC (Pre-Trial Chamber I), Urt. v. 26.7.2011 – ICC-01/11-01/11-1 (Decision on the „Prosecutor’s Application Pursuant to Article 58 as to Muammar Mohammed Abu Minyar Gaddafi, Saif Al-Islam Gaddafi and Abdullah Al-Senussi“), para. 12.

⁹⁰ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 3.11.2010 – ICC-01/09-24 (Decision on Victims’ Participation in Proceedings Related to the Situation in the Republic of Kenya).

⁹¹ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 29.6.2011 – ICC-01/09-63 (Decision on the Request for Assistance Submitted on Behalf of the Government of the Republic of Kenya Pur-

Sie hatte zuvor in ihren Entscheidungen zur Zulässigkeit der Verfahren vom 30.5.2011 klargestellt, dass ein Rechtshilfeersuchen (Kapitel IX des Statuts) unabhängig von der Zulässigkeitsfrage der Verfahren (Kapitel II des Statuts) zu bewerten sei.⁹² Zudem betonte die *Kammer*, dass es im Ermessen des Gerichtshofs („may“) stehe, einem Rechtshilfeersuchen nachzukommen. Voraussetzung dafür sei nach dem Wortlaut des Art. 93 Abs. 10 lit. a, dass der Staat „Ermittlungen oder ein Verfahren durchführt“. Die Regierung habe in ihrem Antrag diesen Nachweis aber nicht erbracht. Die gegen die Entscheidung vom 29.6.2011 eingelegte Beschwerde der Regierung ist von der *Kammer* noch nicht zugelassen worden.⁹³ In der Zwischenzeit ist ein zweiter Rechtshilfeantrag der kenianischen Regierung eingereicht worden.⁹⁴ Eine Entscheidung hierüber steht noch aus.

Die aus der Situation hervorgegangenen zwei Fälle gegen sechs Angeschuldigte werden zeitgleich vor der *Vorverfahrenskammer II* durchgeführt. Obgleich die Verfahren verschiedene Sachverhalte betreffen, sind die Verfahren, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, gleich verlaufen. Dies rechtfertigt, beide Fälle im Nachfolgenden zusammen vorzustellen.

*1. Das Verfahren Prosecutor v. William Samoei Ruto, Henry Kiprono Kosgey und Joshua Arap Sang (Vorverfahrenskammer II)*⁹⁵

- Ladungen: 8.3.2011
- Erstes Erscheinen: 7.4.2011
- „confirmation of charges“ Anhörung: 1.9.-8.9.2011
- Am Vorverfahren beteiligte Opfer: 327
- Verfahrensstand: Anfertigung der „confirmation of charges“ Entscheidung

suant to Article 93 (10) of the Statute and Rule 194 of the Rules of Procedure and Evidence).

⁹² ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 30.5.2011 – ICC-01/09-01/11-101 (Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute), paras. 32-35; ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 30.5.2011 – ICC-01/09-02/11-96 (Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute), paras. 28-31.

⁹³ ICC, Schriftsatz der Regierung von Kenia v. 4.7.2011 – ICC-01/09-71 (Government of Kenya’s Application for Leave to Appeal the „Decision on the Request for Assistance Submitted on Behalf of the Government of the Republic of Kenya Pursuant to Article 93 (10) of the Statute and Rule 194 of the Rules of Procedure and Evidence“).

⁹⁴ ICC, Schriftsatz der Regierung von Kenia v. 16.9.2011 – ICC-01/09-79 (Request for Assistance on behalf of the Government of the Republic of Kenya pursuant to Article 93 (10), Article 96 and Rule 194).

⁹⁵ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/09-01/11 geführt.

2. Das Verfahren *Prosecutor v. Francis Kirimi Muthaura, Uhuru Muigai Kenyatta und Mohammed Hussein Ali (Vorverfahrenskammer II)*⁹⁶

- Ladungen: 8.3.2011
- Erstes Erscheinen: 8.4.2011
- „confirmation of charges“ Anhörung: 21.9.-5.10.2011
- Am Vorverfahren beteiligte Opfer: 233
- Verfahrensstand: Anfertigung der „confirmation of charges“ Entscheidung

Die Angeschuldigten im ersten Verfahren wurden von der Richtermehrheit der *Kammer* geladen, da begründeter Verdacht bestehe, dass sie als Mitglieder eines „Netzwerkes“ Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von vorsätzlicher Tötung, zwangsweiser Überführung der Bevölkerung und Verfolgung im Zeitraum 30.12.2007 bis Ende Januar 2008 in der Provinz Rift Valley begangen haben.⁹⁷ Ruto und Kosgey werden der indirekten Mittäterschaft bezichtigt; Sang soll auf sonstige Weise nach Art. 25 Abs. 3 lit. d zur Begehung der Straftaten durch das „Netzwerk“ beigetragen haben. Die Angeschuldigten im zweiten Verfahren wurden von der Richtermehrheit der *Kammer* geladen, da begründeter Verdacht bestehe, dass sie zusammen mit der kriminellen Organisation „Mungiki“⁹⁸ Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von vorsätzlicher Tötung, zwangsweiser Überführung der Bevölkerung, Vergewaltigung,⁹⁹ Verfolgung, und anderen unmenschlichen Handlungen¹⁰⁰ im Zeitraum vom 24. bis 31.1.2008¹⁰¹ in den Städten Nakuru und Naivasha¹⁰² begangen haben.

⁹⁶ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/09-02/11 geführt.

⁹⁷ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 8.3.2011 – ICC-01/09-01/11-1 (Decision on the Prosecutor’s Application for Summons to Appear for William Samoei Ruto, Henry Kiprono Kosgey and Joshua Arap Sang); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 15.3.2011 – ICC-01/09-01/11-2 (Dissenting Opinion by Judge Hans-Peter Kaul to Pre-Trial Chamber II’s „Decision on the Prosecutor’s Application for Summons to Appear for William Samoei Ruto, Henry Kiprono Kosgey and Joshua Arap Sang“).

⁹⁸ Bei der Annahme einer „Organisation“ i.S.v. Art. 7 Abs. 2 lit. a lehnte es die *Kammer* ab, die vermeintliche Inaktivität der kenianischen Polizei (die dem Ankläger zufolge zusammen mit den „Mungiki“ die „Organisation“ bilden) als solche anzuerkennen. Vielmehr betrachtete die *Kammer* die Bezugnahme auf die Polizei als einen Hinweis auf die Existenz einer „Politik des Staates“, welche von der Anklagebehörde jedoch nicht vorgetragen worden war. Sie ließ jedoch offen, diesen Aspekt zu einem späteren Zeitpunkt neu zu bewerten.

⁹⁹ Die *Kammer* beschränkte den Vorwurf der Vergewaltigung nur auf die Ortschaft Nakuru.

¹⁰⁰ Die *Kammer* subsumierte den Sachverhalt der Beschneidung nicht unter „jede andere Form sexueller Gewalt“ i.S.v. Art. 7 Abs. 1 lit. g sondern unter „andere unmenschliche Handlung“ i.S.v. Art. 7 Abs. 1 lit. k.

¹⁰¹ Die *Kammer* reduzierte den zeitlichen Umfang des Falles von ursprünglich 27.12.2007-29.2.2008 auf die Woche Ende Januar 2008.

gen haben.¹⁰³ Muthaura und Kenyatta werden der indirekten Mittäterschaft bezichtigt; Ali soll auf sonstige Weise nach Art. 25 Abs. 3 lit. d zur Begehung der Straftaten beigetragen haben. Die Ladungen sind mit freiheitsbeschränkenden Bedingungen (außer Freiheitsentzug) verknüpft worden.

Am 31.3.2011 focht die Regierung Kenia die Zulässigkeit beider Verfahren auf Grundlage von Art. 17 Abs. 1 lit. a¹⁰⁴ an. Sie führte an, dass Schritte auf nationaler Ebene bis September 2011 unternommen werden würden,¹⁰⁵ um Ermittlungen wegen der Ereignisse 2007/2008 gegen Personen auf derselben hierarchischen Stufe wie die Angeschuldigten durchzuführen. Die kenianische Regierung bot an, das Gericht in regelmässigen Berichten über die nationalen Bemühungen zu informieren. Zunächst legte die *Kammer* fest, dass das „Zulässigkeitsverfahren“ schriftlich durchgeführt werden würde.¹⁰⁶ Nach Einholung aller Eingaben der Parteien, der Opfer und der kenianischen Regierung und nach Durchsicht des von der kenianischen Regierung vorgelegten Materials gelangte die *Kammer* am 30.5.2011 zur Überzeugung, dass die kenianischen Behörden zum Zeitpunkt der Anfechtung

¹⁰² Die *Kammer* beschränkte den territorialen Umfang des Falles auf diese beiden Ortschaften und folgte nicht dem Vorwurf des Anklägers, dass die Angeschuldigten auch für Straftaten in Kisumu und Kibera, die vermeintlich von der kenianischen Polizei begangen worden sind, verantwortlich seien.

¹⁰³ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 8.3.2011 – ICC-01/09-02/11-1 (Decision on the Prosecutor’s Application for Summons to Appear for Francis Kirimi Muthaura, Uhuru Muigai Kenyatta and Mohammed Hussein Ali); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 15.3.2011 – ICC-01/09-02/11-3 (Dissenting Opinion by Judge Hans-Peter Kaul to Pre-Trial Chamber II’s „Decision on the Prosecutor’s Application for Summons to Appear for Francis Kirimi Muthaura, Uhuru Muigai Kenyatta and Mohammed Hussein Ali“).

¹⁰⁴ Art. 17 Abs. 1 lit. a lautet: „1. Im Hinblick auf Absatz 10 der Präambel und Artikel 1 entscheidet der Gerichtshof, dass eine Sache nicht zulässig ist, wenn (a) in der Sache von einem Staat, der Gerichtsbarkeit darüber hat, Ermittlungen oder eine Strafverfolgung durchgeführt werden, es sei denn, der Staat ist nicht willens oder nicht in der Lage, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen.“

¹⁰⁵ Die Regierung betonte, dass Kenia eine neue Verfassung angenommen hätte, die eine „Bill of Rights“ inkorporiere. Desweiteren seien Reformen der Judikative, wie die Ernennung eines Chief Justice und High Court Richtern, umgesetzt worden. Schliesslich betonte die Regierung, dass ein „Director of Public Prosecutions“ Ende Mai 2011 bestellt werden würde.

¹⁰⁶ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. 4.4.2011 – ICC-01/09-01/11-31 (Decision on the Conduct of the Proceedings Following the Application of the Government of Kenya Pursuant to Article 19 of the Rome Statute); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. 4. 4. 2011 – ICC-01/09-02/11-40 (Decision on the Conduct of the Proceedings Following the Application of the Government of Kenya Pursuant to Article 19 of the Rome Statute).

gänzlich inaktiv waren, d.h. keine Ermittlungen oder Strafverfolgung gegen die sechs Angeschuldigten in Kenia liefen.¹⁰⁷ Gleichzeitig hob die *Kammer* hervor, dass die Frage der Zulässigkeit des „Verfahrens“ i.S.v. Art. 17 mit Hinblick auf den Angeschuldigten und seines Verhaltens, das Gegenstand des IStGH-Verfahrens ist, untersucht werden müsse („same person/same conduct test“). Ob Kenia Straftaten anderer mutmaßlicher Täter untersuche, sei daher unerheblich. Die Regierung Kenias legte Beschwerde gegen beide Entscheidungen ein. Die Richtermehrheit der *Berufungskammer* bestätigte die Entscheidungen der *Vorverfahrenskammer*.¹⁰⁸ Insbesondere bestätigte sie im Wesentlichen die Zugrundelegung des „same person/same conduct test“ und forderte für das Vorliegen laufender Ermittlungen i.S.v. Art. 17 Abs. 1 lit. a die Existenz konkreter Schritte, wie z.B. das Befragen von Zeugen oder der Angeschuldigten, Sammeln von Dokumenten oder forensische Untersuchungen. Dies müsse der Staat mit präzisen und beweiskräftigen Beweismitteln untermauern. Die bloße Behauptung, dass nationale Behörden gegen die Angeschuldigten ermitteln würden, reiche nicht aus. Mitunter stehe es im Ermessen der *Kammer* wie sie das „Zulässigkeitsverfahren“ gem. Norm 58 der Verfahrens- und Beweisordnung gestalte.¹⁰⁹

¹⁰⁷ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 30.5.2011 – ICC-01/09-01/11-101 (Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 30.5.2011 – ICC-01/09-02/11-96 (Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute).

¹⁰⁸ ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 30.8.2011 – ICC-01/09-01/11-307 (Judgment on the appeal of the Republic of Kenya against the decision of Pre-Trial Chamber II of 30 May 2011 entitled „Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute“); ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 30.8.2011 – ICC-10/09-02/11-274 (Judgment on the appeal of the Republic of Kenya against the decision of Pre-Trial Chamber II of 30 May 2011 entitled „Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute“).

¹⁰⁹ Insbesondere dieser letzte Punkt bewegte Richterin Ušacka dazu, sich der Richtermehrheit nicht anzuschließen. Ihrer Ansicht nach urteilte die *Vorverfahrenskammer* übereilt – innerhalb von nur zwei Monaten nach Anfechtung der Zulässigkeit – ohne Kenias nationale Anstrengungen ausreichend zu berücksichtigen, ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 20.9.2011 – ICC-01/09-01/11-336 (Judgment on the appeal of the Republic of Kenya against the decision of Pre-Trial Chamber II of 30 May 2011 entitled „Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute“ – Dissenting Opinion of Judge Anita Ušacka); ICC (Appeals Chamber), Urt. v. 20.9.2011 – ICC-01/09-02/11-342 (Judgment on the appeal of the Republic of Kenya against

Erwähnenswert ist weiter, dass der Prozess der Offenlegung der Beweismittel zwischen den Parteien denselben Prinzipien unterlag, die die *Kammer* zuvor im Bemba-Verfahren aufgestellt hatte.¹¹⁰ Zwei dieser Prinzipien seien hier kurz nochmal in Erinnerung gerufen: alle zwischen den Parteien offengelegten Beweise werden auch der *Kammer* zugänglich gemacht, die – im Gegensatz zur Rechtsprechung der *Hauptverfahrenskammern* – nicht ausdrücklich zugelassen werden müssen und auf die die *Kammer* volles Zugriffsrecht bei ihrer abschließenden Entscheidungsfindung hat. Des Weiteren ist der Ankläger verpflichtet, alle belastenden Beweise, die er offenlegt, für die Verteidigung und die *Kammer* zu analysieren, indem jedes Beweismittel zu den rechtlichen Tatbestandsmerkmalen der Verbrechen und Beteiligungsform in Beziehung gesetzt wird. Dagegen reichte der Ankläger einen Antrag auf Zulassung einer Beschwerde ein, u.a. mit dem Argument, die *Kammer* würde die Anklagebehörde mit dem Erfordernis der Beweisanalyse unverhältnismäßig belasten. Zudem sei der Ankläger nicht verpflichtet, das gesamte entlastende Material offenzulegen, sondern nur einen – letztlich undefinierten – Großteil („the bulk-rule“). Die Beschwerde wurde nicht zugelassen.¹¹¹ Zudem beantragte er die Aussetzung der Offenlegung der Beweise zwischen den Parteien, bis die *Kammer* über die Zulässigkeit der Verfahren geurteilt habe. Die *Kammer* wies den Ankläger mit Entscheidung vom 20.4.2011 darauf hin, dass die Anfechtung der Zulässigkeit durch einen Staat nach Art. 19 Abs. 2 lit. b den Ankläger zwar zwingt, seine Ermittlungen gemäß Art. 19 Abs. 7 auszusetzen, jedoch seine Verpflichtungen zur Offenlegung der Beweismittel gegenüber der Verteidigung unberührt lässt.¹¹² Die Beschwerde des Anklägers auch gegen

the decision of Pre-Trial Chamber II of 30 May 2011 entitled „Decision on the Application by the Government of Kenya Challenging the Admissibility of the Case Pursuant to Article 19 (2) (b) of the Statute“ – Dissenting Opinion of Judge Anita Ušacka).

¹¹⁰ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 6.4.2011 – ICC-01/09-01/11-44 (Decision Setting the Regime for Evidence Disclosure and Other Related Matters); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 6.4.2011 – ICC-01/09-02/11-48 (Decision Setting the Regime for Evidence Disclosure and Other Related Matters). Siehe auch *Chaitidou*, ZIS 2008, 371 (375).

¹¹¹ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 2.5.2011 – ICC-01/09-01/11-74 (Decision on the „Prosecution’s Application for leave to Appeal the ‚Decision Setting the Regime for Evidence Disclosure and Other Related Matters‘ [ICC-01/09-01/11-44]“); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 2.5.2011 – ICC-01/09-02/11-77 (Decision on the „Prosecution’s Application for leave to Appeal the ‚Decision Setting the Regime for Evidence Disclosure and Other Related Matters‘ [ICC-01/09-02/11-48]“).

¹¹² ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 20.4.2011 – ICC-01/09-01/11-62 (Decision on the „Prosecution’s application requesting disclosure after a final resolution of the Government of Kenya’s admissibility challenge“ and Establishing a Calendar for Disclosure Between the Parties); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 20.4.2011 – ICC-01/09-02/11-64 (Deci-

diese Entscheidung wurde von der *Vorverfahrenskammer* nicht zugelassen.¹¹³

Im Vorfeld der „confirmation of charges“ Anhörungen initiierte die *Kammer* das Verfahren nach Norm 100 der Verfahrens- und Beweisordnung und befasste die Präsidenschaft mit der Frage, ob die Anhörungen in Kenia in situ stattfinden könnten. Allerdings wurde aufgrund der ablehnenden Stellungnahmen¹¹⁴ der Parteien und Opfer von diesem Vorhaben Abstand genommen.¹¹⁵

Beim ersten Erscheinen vor Gericht kündigten die Angeeschuldigten an, dass sie die Anklagepunkte aufs Schärfste anfechten würden. In Vorbereitung der „confirmation of charges“ Anhörungen unterrichteten die Angeeschuldigten die *Kammer* darüber, wie viele Zeugen sie zu laden beabsichtigten: es waren insgesamt 43 Zeugen für das erste Verfahren und 23 Zeugen für das zweite Verfahren. Die *Kammer* lehnte diese große Anzahl von Zeugen ab und beschränkte die Verteidigung der Angeeschuldigten, unter Hinweis auf den Sinn und Zweck des Vorverfahrens, auf jeweils zwei Zeugen.¹¹⁶

sion on the „Prosecution’s application requesting disclosure after a final resolution of the Government of Kenya’s admissibility challenge“ and Establishing a Calendar for Disclosure Between the Parties).

¹¹³ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 11.5.2011 – ICC-01/09-01/11-85 (Decision on the „Prosecution’s Application for leave to Appeal the ,Decision on the ,Prosecution’s application requesting disclosure after a final resolution of the Government of Kenya’s admissibility challenge‘ and Establishing a Calendar for Disclosure‘ [ICC-01/09-01/11-62]“); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 11.5.2011 – ICC-01/09-02/11-88 (Decision on the „Prosecution’s Application for leave to Appeal the ,Decision on the ,Prosecution’s application requesting disclosure after a final resolution of the Government of Kenya’s admissibility challenge‘ and Establishing a Calendar for Disclosure‘ [ICC-01/09-02/11]“).

¹¹⁴ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 3.6.2011 – ICC-01/09-01/11-106 (Decision Requesting Observations on the Place of the Proceedings for the Purposes of the Confirmation of Charges Hearing); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 3.6.2011 – ICC-01/09-02/11-102 (Decision Requesting Observations on the Place of the Proceedings for the Purposes of the Confirmation of Charges Hearing).

¹¹⁵ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 29.6.2011 – ICC-1/09-01/11-153 (Decision Requesting the Parties to Submit Information for the Confirmation of Charges Hearing); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 20.7.2011 – ICC-01/09-02/11-181 (Decision Requesting the Parties to Submit Information for the Preparation of the Confirmation of Charges Hearing).

¹¹⁶ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 25.7.2011 – ICC-01/09-01/11-221 (Order to the Defence to Reduce the Number of Witnesses to Be Called to Testify at the Confirmation of Charges Hearing and to Submit an Amended List of Viva Voce Witnesses); ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 10.8.2011 – ICC-01/09-02/11-226 (Order to the Defence to Reduce the Number of Witnesses to Be Called to Testify at the Confirmation of Charges Hearing and to Submit an Amended List of Viva Voce Witnesses).

Die Angeeschuldigten im zweiten Verfahren beantragten die Zulassung einer Beschwerde gegen diese Einschränkung, die jedoch nicht zugelassen worden ist.¹¹⁷

Die „confirmation of charges“ Anhörungen in beiden Fällen fanden nacheinander statt. Im ersten Verfahren fochten zuvor alle drei Angeeschuldigten die Zuständigkeit des Gerichtshofes am 30.8.2011 an, da ihrer Meinung nach das Element der „Organisation“ i.S.v. Art. 7 Abs. 2 lit. a nicht gegeben sei.¹¹⁸ Im zweiten Verfahren fochten am 19.9.2011 die Angeeschuldigten Kenyatta¹¹⁹ und Ali¹²⁰ die Zuständigkeit des Gerichtshofes aufgrund der vermeintlich fehlenden Existenz einer „Organisation“ i.S.v. Art. 7 Abs. 2 lit. a an. Der Angeeschuldigte Ali focht zudem die Zulässigkeit des Verfahrens gem. Art. 17 Abs. 1 lit. d an, weil sein Verfahren „nicht schwerwiegend genug“ sei. Über die eingelegten Anfechtungen wird die *Kammer* in ihren abschließenden „confirmation of charges“ Entscheidungen gem. Art. 61 Abs. 7 urteilen. Zuletzt soll nicht verschwiegen werden, dass im zweiten Verfahren der Angeeschuldigte Kenyatta als Zeuge unter Eid aussagte.

V. Situation Libyen (Vorverfahrenskammer I)¹²¹

Mit Resolution 1970 (2011) vom 26.2.2011 des Sicherheitsrates ist erneut eine Situation an den IStGH gem. Art. 13 lit. b unterbreitet worden.¹²² Nach nur fünf Tagen (3.3.2011) leitete der Ankläger die Ermittlungen ein¹²³ und am darauffolgenden Tag (4.3.2011) wies die Präsidenschaft diese Situation der

¹¹⁷ ICC (Pre-Trial Chamber II), Urt. v. 1.9.2011 – ICC-01/09-02/11-275 (Decision on the Defence Applications for Leave to Appeal the Single Judge’s Order to Reduce the Number of Viva Voce Witnesses).

¹¹⁸ ICC, Schriftsatz der Angeeschuldigten Ruto und Sang v. 30.8.2011 – ICC-01/09-01/11-305 (Defence Challenge to Jurisdiction); ICC, Schriftsatz des Angeeschuldigten Kosgey v. 30.8.2011 – ICC-01/09-01/11-306 (Application on Behalf of Henry Kiprono Kosgey Pursuant to Article 19 of the ICC Statute).

¹¹⁹ ICC, Schriftsatz des Angeeschuldigte Kenyatta v. 19.9.2011 – ICC-01/09-02/11-339 (Submissions on Jurisdiction on Behalf of Uhuru Kenyatta).

¹²⁰ ICC, Schriftsatz des Angeeschuldigten Ali v. 19.9.2011 – ICC-01/09-02/11-338 (Defence Challenge to Jurisdiction, Admissibility and Prosecution’s Failure to Meet the Requirements of Article 54).

¹²¹ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/11 geführt.

¹²² Die Unterbreitungserklärung in der Resolution lautet: „[...] 4. *Decides* to refer the situation in the Libyan Arab Jamahiriya since 15 February 2011 to the Prosecutor of the International Criminal Court. [...]“, einzusehen unter: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N11/245/58/PDF/N1124558.pdf?OpenElement> (Stand 29.9.2011).

¹²³ Siehe die Erklärung des Anklägers v. 3.3.2011 unter: http://www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/035C3801-5C8D-4ABC-876B-C7D946B51F22/283045/StatementLibya_03032011.pdf (Stand 29.9.2011).

Vorverfahrenskammer I zu.¹²⁴ Aus dieser Situation ist ein Fall gegen drei Angeschuldigte hervorgegangen.

*Das Verfahren Prosecutor v. Muammar Mohammed Abu Minyar Gaddafi, Saif Al-Islam Gaddafi und Abdullah Al-Senussi (Vorverfahrenskammer I)*¹²⁵

- Erlass der Haftbefehle: 27.6.2011
- Verfahrensstand: Angeschuldigte noch nicht verhaftet

Auf Antrag des Anklägers vom 16.5.2011 erließ die *Kammer* mit Entscheidung vom 27.6.2011 drei Haftbefehle gegen den Revolutionsführer und de facto Staatsoberhaupt Muammar Mohammed Abu Minyar Gaddafi, seinen Sohn und de facto Premierminister Saif Al-Islam Gaddafi und den Chef des militärischen Geheimdienstes Abdullah Al-Senussi wegen des begründeten Verdachts der Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Ausführung „der Politik [des] Staates“ in Form der vorsätzlichen Tötung nach Art. 7 Abs. 1 lit. a und Verfolgung nach Art. 7 Abs. 1 lit. h. Muammar Gaddafi und sein Sohn Al-Islam Gaddafi werden der indirekten Mittäterschaft für Verbrechen auf libyschem Territorium von 15.2. bis mindestens („at least“) 28.2.2011 bezichtigt; al-Senussi wird indirekte Täterschaft für vermeintlich begangene Verbrechen in Bengasi von 15.2. bis mindestens („at least“) 20.2.2011 vorgeworfen.

VI. Situation Elfenbeinküste (Vorverfahrenskammer III)¹²⁶

Die Elfenbeinküste, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts ist, hinterlegte zum ersten Mal am 18.4.2003 eine Erklärung nach Art. 12 Abs. 3 beim Kanzler des Gerichtshofs, in der sie die Gerichtsbarkeit des IStGH in Bezug auf vermeintliche Verbrechen auf dem Territorium der Elfenbeinküste seit dem 19.9.2002 anerkannte.¹²⁷ Diese Erklärung war vom ehemaligen Aussenminister der Regierung Laurent Gbagbos unterzeichnet. Sodann bestätigte der neu gewählte Präsident Alassane Ouattara in einer zweiten Erklärung vom 14.12.2010 die Erklärung vom 18.4.2003 und sicherte dem IStGH die Zusammenarbeit der Elfenbeinküste zu.¹²⁸ Allerdings nahm diese Erklärung Bezug auf vermeintliche Verbrechen, die nach März 2004 begangen worden seien. Am 3.5.2011 erneuerte der Präsident der Elfenbeinküste Alassane Ouattara ein weiteres Mal die Bitte, Ermittlungen in der El-

fenbeinküste aufzunehmen, diesmal allerdings wegen der Ereignisse in Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen vom 28.11.2010.¹²⁹ Die Situation ist der neu konstituierten *Vorverfahrenskammer III* überwiesen worden.¹³⁰

Der Ankläger beantragte am 23.6.2011 die Genehmigung zur Aufnahme von Ermittlungen in der Elfenbeinküste in Bezug auf vermeintlich begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in der Zeit nach 28.2.2010.¹³¹ Der Antrag ist zeitlich für die Zukunft nicht begrenzt. Der Ankläger sah eine hinreichende Grundlage für die Annahme, dass diese Verbrechen von pro-Gbagbo Streitkräften begangenen worden seien. Die vorliegenden Informationen ließen allerdings nicht den Schluss zu, dass auch pro-Ouattara Streitkräfte Verbrechen begangen hätten. Diese Einschätzung würde der Ankläger jedoch nochmal überprüfen, sollte die *Kammer* die Ermittlungen genehmigen.

Die *Kammer* erließ eine Anordnung zu prozeduralen Fragen hinsichtlich der Eingaben von Opfern an die *Vorverfahrenskammer*.¹³² Die *Kammer* erhielt insgesamt 1.047 individuelle und kollektive Eingaben von Opfern.¹³³ Eine Entscheidung über den Antrag des Anklägers zur Genehmigung von Ermittlungen gem. Art. 15 Abs. 4 steht Ende September 2011 noch aus.

¹²⁴ ICC (Präsidentschaft), Entscheidung v. 4.3.2011 – ICC-01/11-1 (Decision Assigning the Situation in the Libyan Arab Jamahuriya to Pre-Trial Chamber I).

¹²⁵ Die Verfahrensakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-01/11-01/11 geführt.

¹²⁶ Die Situationsakte wird mit dem Aktenzeichen ICC-02/11 geführt.

¹²⁷ Diese Erklärung ist zu finden unter <http://www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/CBE1F16B-5712-4452-87E7-4FDDE5DD70D9/279779/ICDE.pdf> (Stand 29.9.2011).

¹²⁸ Diese Erklärung ist zu finden unter <http://www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/498E8FEB-7A72-4005-A209-C14BA374804F/0/ReconCPI.pdf> (Stand 29.9.2011).

¹²⁹ Diese Erklärung ist zu finden unter <http://icc-cpi.int/NR/rdonlyres/7DA08D8E-FF5E-40C8-92D7-F058D5B032F3/283315/LetterOuattaratoOTP030511.PDF> (Stand 29.9.2011).

¹³⁰ ICC (Präsidentschaft), Entscheidung v. 22.6.2011 – ICC-02/11-2 (Decision Constituting Pre-Trial Chamber III and Re-assigning the Situation in the Republic of Côte d’Ivoire).

¹³¹ ICC, Schriftsatz des Anklägers v. 23.6.2011 – ICC-02/11-3 (Request for authorisation of an investigation pursuant to article 15).

¹³² ICC (Pre-Trial Chamber III), Urt. v. 6.7.2011 – ICC-02/11-6 (Order to the Victims Participation and Reparations Section Concerning Victims’ Representations Pursuant to Article 15 (3) of the Statute; ICC (Pre-Trial Chamber III), Urt. v. 28.7.2011 – ICC-02/11-9 (Decision on the VPRS request for an extension of time to report on victims’ representations pursuant to Regulation 35 of the Regulations of the Court).

¹³³ Allein 679 Eingaben erfüllten die Voraussetzungen der Norm 85 der Verfahrens- und Beweisordnung, davon waren 655 individuelle und 26 kollektive Eingaben, siehe ICC, Schriftsatz der Kanzlei v. 29.8.2011 – ICC-02/11-11-Red (Report on Victims’ Representations); ICC, Schriftsatz der Kanzlei v. 12.9.2011 – ICC-02/11-13-Red (Addendum to the Report on Victims’ Representations).